

Faschismus und 68

Kategorie: Rechtspopulismus

In den nächsten Tagen erscheint Götz Aly's Historisierung der 68er-Bewegung, deren zentrale These in der "Frankfurter Rundschau" unter dem Titel "Zu Parallelen zwischen Hitlers Fußvolk und den protestierenden Studenten" vorab dokumentiert wurde (siehe fr-aktuell). Für Paul Oehlke hat dies das Faß zum Überlaufen gebracht: Nach über 35 Jahren hat er sein FR-Abonnement gekündigt. Hier die Begründung in der Form eines öffentlichen Leserbriefs.

Paul Oehlke it is time to say good-bye

Leider sehe ich mich gezwungen, nach gut 35 Jahren mein Abonnement der FR zu kündigen. Irgendwann geht es nicht mehr. Der Abdruck des Essays von Götz Aly zu Parallelen zwischen Hitlers Fußvolk und den protestierenden Studenten von 1968 bringt das Fass zum Überlaufen. Damals hatten wir in der FR noch einen medialen Rückhalt gegenüber einer restaurativen Verfassungswirklichkeit. Die nationalsozialistischen Führungsschichten hatten sich in den 1950er Jahren wieder in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat mit antikommunistischer Stoßrichtung etabliert. Wider die erneuten Formierungstendenzen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre entstand jene antiautoritäre und radikaldemokratische Oppositionsbewegung, die sich nicht nur mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinandersetzte, sondern auch gegen den imperialistischen Vietnamkrieg demonstrierte. In diesem Aufbruch ergaben sich vielfältige Verbindungen zu den amerikanischen und europäischen Protestbewegungen, hier insbesondere zu dem Pariser Mai und dem Prager Frühling (siehe hierzu etwa meine detaillierte Analyse mit Hans Henning Herzog "Intellektuelle Opposition im autoritären Sozialstaat" bei Luchterhand 1970 in der Reihe Soziologische Essays).

Der Skandal der Veröffentlichung besteht nun nicht allein in der Darstellung eines denunziatorisch vorgehenden Historikers, der ganz und gar im Fahrwasser hergebrachter totalitarismustheoretischer Analogien auf der Erscheinungsebene, hier von so titulierten Sturm- und Drangjahren der unmittelbar aufeinander folgenden Generationskohorten mit ihren aktionistischen Akzentsetzungen verbleibt: die nationalsozialistische Machtergreifung wider alle historischen Fakten auf ein Generationenprojekt einer schrecklichen Jugenddiktatur verkürzt, die schon zuvor geleistete Unterstützung und Hilfestellung von Industrie und Armee sowie staatlichen und gesellschaftlichen Eliten entsprechend den Kriegszielen im Ersten Weltkrieg schlichtweg unterschlägt, antiliberalen Ressentiments in der faschistischen und studentischen Bewegung trotz konträrer gesellschaftspolitischer Impulse und Implikationen miteinander identifiziert, ja Goebbels und Dutschke unter aktionistischem und agitatorischen Vorzeichen gleichstellt und schließlich mit seinem Gewährsmann Kurt Georg Kiesinger die internationale Solidarität mit einem in die Steinzeit zurück zu bombenden Vietnam, wie amerikanische Generäle forderten, als Kehrseite der extremen nationalistischen Orientierung der 1933er Generation bewertet. Angesichts solcher Verharmlosung der Nazidiktatur besteht das viel größere Problem in einer sich nunmehr zuspitzenden gesellschaftspolitischen Kehrtwende in der FR, die sich mit Götz Alys Ausführungen zum Sprachrohr reaktionärer Geschichtsklitterung macht. Dies liegt wiederum auf der Linie, die früher sachkundig dokumentierten Widerstände der Studentenbewegung gegen eine autoritäre Gesellschaftsverfassung im Innern und kriegerische Barbarei in Asien seit geraumer Zeit zwischen alltagskulturellen Erinnerungsposten und mörderischen RAF-Geschichten zu verdampfen.

Hierzu passt, dass tags zuvor in einem Bericht zum Einzug der Linkspartei in die Landtage von Hessen und Niedersachsen der Direktor der Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, mit der Einschätzung zitiert wird, dass viele ehemalige DDR-Verfolgte das Gefühl hätten, dass die "alten Kader wieder auf dem Vormarsch" seien. In dieser Weise vervielfältigt die FR eine primitive Polemik, mit der im Interesse des herrschenden groß-koalitionären Parteikartells, je nach Opportunität um Wirtschafts- oder Umwelt-Liberale oder beide zusammen ergänzt, jene gesellschaftlichen, zum Teil aus der Studentenbewegung stammenden Gruppen diffamiert werden, die nicht nur das neoliberale Einheitsdenken kritisieren, sondern auch auf einen durchgreifenden Politikwechsel drängen: Soziale Gerechtigkeit und soziale Marktwirtschaft nicht als rhetorische Opiate verstehen, sondern auf ihre konkrete politische Umsetzung hinarbeiten, die sich an den unveränderbaren Verfassungsgrundsätzen der zu wahrenen Würde des Menschen im demokratischen und sozialen Bundesstaat orientiert. Das heißt aber: statt links zu blinken und rechts zu überholen endlich konkrete Maßnahmen zur Bändigung des "Raubtierkapitalismus" (Helmut Schmidt) einzuleiten.

Mit der allgemeinen, von der FR ebenfalls vollzogenen subjektiven Wende in den Medien zu farbigeren Erlebniswelten sind analytische Erkenntnisse über soziale Strukturveränderungen nicht mehr so sehr gefragt. Viele

Zeitgenossen, so mag ein Kalkül sein, schalten bei solch knorrigen Begriffsmonstern gerne ab, ohne dabei jedoch die hiermit medial bewirkte Entpolitisierung zu reflektieren. Es scheint allemal eingängiger, über Fehltritte, Händel und Machtworte in den Parteien und bei den Mächtigen akribisch zu berichten, als sachverständig die häufig korrupten Interessengeflechte und ökonomischen Funktionszusammenhänge hinter all den arbeitsmarkt-, sozial- und steuerpolitischen Reformagenden freizulegen. Entsprechend werden die schwer verdaulichen Dokumentationen, etwa unter Titeln wie Neoliberaler Salto mortale oder sozialökologische Utopie, durch gut lesbare Reportagen über zugleich skurrile und anrührende Menschen aus nahen und fernen Regionen ersetzt. Fürwahr, durch die verkleinerten Seiten im handlichen Tabloid-Format weht ein neuer, persönlich gehaltener Touch.

Ich bezweifle nicht, dass eine Reihe von hauptamtlichen und freien Mitarbeitern der FR sich nach wie vor einem aufklärerischen Journalismus verpflichtet fühlt. Er hat diese Zeitung unter ihrem Verleger Karl Gerold – neben manch anderen Organen wie seinerzeit dem Spiegel und dem WDR sowie der edition suhrkamp – zu einem kritischen und konstruktiven Aktivposten in der Medienlandschaft für eine zu bewahrende und fortwährend zu erkämpfende soziale Demokratie gemacht. Nunmehr wird ihr aber von den politischen und wirtschaftlichen Sachwaltern einer totalitären Markt- und Wettbewerbsideologie der Garaus gemacht, ohne dass sich der traditionelle Linksliberalismus, zunehmend bar seiner institutionellen Stützen, gebührend zur Wehr setzt, vielleicht auch unter neuen Herausgebern und Eigentümern gar nicht mehr kann – fürwahr ein großes Dilemma. Hierbei erscheint die FR zunehmend in der unglücklichen Doppelrolle als Opfer und Täter.

Köln, 30. Januar 2008

Quelle: https://www.wissentransfer.info/nc/neue_beitraege_termine/detail/artikel/faschismus-und-68/